

GROSSER RAT

GR.26.337

VORSTOSS

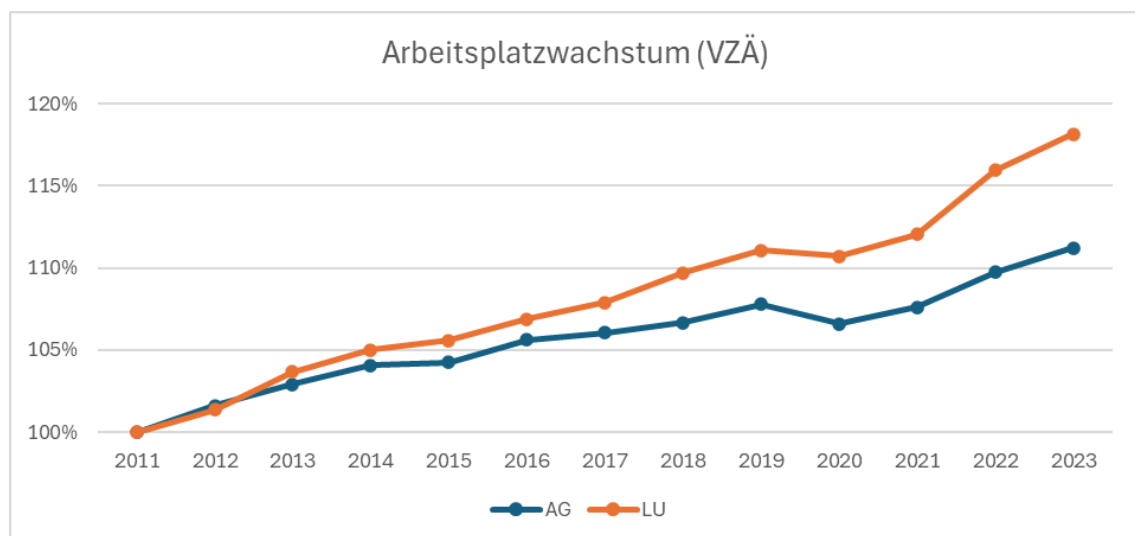
Interpellation betreffend Wirtschaftsstandort Aargau endlich stärken und Lehren aus der Erfolgsgeschichte des Kantons Luzern ziehen; eingereicht am 22. September 2026; der FDP-Fraktion (Sprecher Dr. Adrian Schoop, Baden)

Text und Begründung:

Der Kanton Aargau wächst; aber er wächst am falschen Ort. Jahr für Jahr ziehen rund 10'000 zusätzliche Einwohnerinnen und Einwohner in den Kanton. Gleichzeitig entstehen zu wenig Arbeitsplätze. Heute verlassen täglich rund 130'000 Menschen den Aargau zur Arbeit. Der Pendler-Saldo ist mit minus 18 Prozent deutlich negativ. Besonders stossend: Rund 83 Prozent dieser Wegpendler würden gemäss Erhebungen lieber im eigenen Kanton arbeiten.¹

Der Aargau entwickelt sich damit zunehmend zum Schlafkanton der umliegenden Wirtschaftszentren. Die Wertschöpfung findet ausserhalb statt, mit entsprechenden Folgen für die kantonalen Fiskaleinnahmen. Wie schlecht es um die Attraktivität für Unternehmen tatsächlich steht, offenbart die Zusammensetzung der kantonalen Steuereinnahmen. So ist der Anteil der Unternehmenssteuern an den Gesamteinnahmen innert zehn Jahren von 18 auf 13 Prozent gesunken. Das ist kein Zufall, sondern Ausdruck einer schleichenden Erosion der Standortattraktivität.²

Dass diese Entwicklung nicht unausweichlich ist, zeigt der Blick in den Kanton Luzern. Während der Kanton Aargau stagniert, hat Luzern durch eine mutige Steuer- und Sparstrategie das Blatt zum Besseren für alle gewendet.



¹ <https://www.aargauerzeitung.ch/aargau/kanton-aargau/verkommt-der-aargau-zum-schlafkanton-ld.4151372>

² Vgl. Jahresbericht Kanton Aargau 2015: Seite 272 und 2025: Seite 303

Die Grafik spricht eine deutliche Sprache: Das Wachstum der Arbeitsplätze (Vollzeitäquivalente) betrug im Kanton Aargau zwischen 2011 und 2023 bescheidene 11.2 Prozent, während der Kanton Luzern im gleichen Zeitraum ein Arbeitsplatzwachstum von 18.2 Prozent erreichen konnte. Damit sind die Arbeitsplätze im Kanton Luzern um über 62 Prozent stärker gewachsen als im Kanton Aargau. Der Grundstein für den Luzerner Erfolg war die Halbierung der Gewinnsteuern für Unternehmen im Jahr 2012. Luzern wurde damit auf einen Schlag zum attraktivsten Pflaster für Firmen in der Schweiz.³

Anfangs war dieser Weg steinig. Luzern musste konsequent sparen, um die temporären Steuerausfälle zu tragen. Doch diese solide Wirtschaftspolitik aus Steuersenkungen und Ausgabendisziplin hat sich mehr als ausgezahlt. In der Folge siedelten sich wertschöpfungsstarke Unternehmen an, die Arbeitsplatzdichte stieg und die Steuereinnahmen kletterten auf ein Niveau, das zuvor kaum für möglich gehalten wurde. Seither wurden die Steuern für natürliche Personen und Unternehmen weiter gesenkt. Heute schwimmt Luzern im Geld und kann massiv in Bildung, Sicherheit und Infrastruktur investieren. Luzern hat sich fit gemacht, während der Aargau seine Chancen buchstäblich weiter ver schläft.

Keine Scheinlösungen: Die Greater Zurich Area ist kein Ersatz für Steuerattraktivität.

Der Beitritt des Kanton Aargau zur Greater Zurich Area (GZA) wird von der Regierung gerne als Allheilmittel für die Standortförderung präsentiert. Mit Unterstützung der GZA wurden zwischen 2018 und 2021 rund 445 Unternehmen in den neun Mitgliedskantonen angesiedelt. Ende 2021 waren davon noch 402 aktiv, die zusammen 2'014 Arbeitsplätze geschaffen hatten.⁴ Im Schnitt sind das also nur fünf Arbeitsplätze pro Ansiedlung in den ersten Jahren. Hinzu kommt, dass die Mitgliedskantone der GZA bei der Ansiedlung neuer Firmen in direkter Konkurrenz zueinanderstehen. Zu glauben, der Kanton Aargau könnte in der GZA besondere Trümpfe ausspielen, ist ein Irrglaube.

Der Regierungsrat darf seine Ambitionen deshalb nicht auf eine Mitgliedschaft bei der GZA reduzieren. Die potenziellen Ansiedlungserfolge reichen bei weitem nicht aus, um die im Kanton Aargau benötigte Wertschöpfung zu generieren. Wer glaubt, das Problem des Schlafkantons durch externe Promotion lösen zu können, verkennt die ökonomische Realität. Die notwendige Wertschöpfung lässt sich nur durch harte Standortfaktoren erzielen. Der Aargau braucht keine neuen Broschüren, sondern eine Steuerstrategie, die im interkantonalen Wettbewerb besteht.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche konkreten Massnahmen plant die Regierung, um die Jobdichte im Kanton so zu erhöhen, dass die 83 Prozent der Wegpendler, die gerne im Aargau arbeiten würden, hier auch Stellen finden?
2. Wie erklärt sich der Regierungsrat den dramatischen Rückgang des Anteils der Unternehmenssteuern am Gesamtertrag von 18 Prozent auf 13 Prozent (Aufschlüsselung nach Branchen), und was unternimmt er gegen diese schleichende Deindustrialisierung?
3. Wie beurteilt der Regierungsrat die Tatsache, dass das Beschäftigungswachstum im Aargau so massiv hinter jenem des Kantons Luzern zurückbleibt?
4. Welche direkten Zusammenhänge sieht der Regierungsrat zwischen der Steuerstrategie und der Ansiedlung von wertschöpfungsstarken Unternehmen?

³ Eigene Berechnungen mit Daten des Bundes: https://www.pxweb.bfs.admin.ch/pxweb/de/px-x-0602010000_103/-/px-x-0602010000_103.px/chart/chartViewLine/

⁴ https://www.greaterzuricharea.com/sites/default/files/2022-09/ey-bericht_ansiedlungserfolg_der_greater_zurich_area_im_zeitraum_2018-2021_und_2009-2021.pdf

5. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass die bisherigen Steuersenkungen im Kanton Aargau zu tief ausgefallen sind, um im interkantonalen Standortwettbewerb eine relevante Wirkung zu entfalten?
6. Ist der Regierungsrat bereit, eine Analyse vorzulegen, wie eine deutliche Senkung der Unternehmenssteuern (Halbierung) in Kombination mit einem Sparprogramm das Arbeitsplatz- und Wertschöpfungswachstum im Aargau stimulieren könnte?
7. Wie rechtfertigt der Regierungsrat die Hoffnung auf die Greater Zurich Area, wenn die dort erzielten Erfolge der Vergangenheit weit unter dem Notwendigen liegen, um im Aargau den Trend zum Schlafkanton zu stoppen?
8. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass die Aargauer Steuerzahler (natürliche Personen) heute dauerhaft zu hohe Steuern bezahlen, weil es dem Kanton nicht gelingt, für wertschöpfungsstarke Unternehmen attraktiver zu werden?